

Emmerich Tálos und Andy Kaltenbrunner Wikipedia als Wegweiser

1. Die schnelle Quelle im World Wide Web

Es sind gelegentliche Kuriosa, die die Bedeutung von *Wikipedia* wie auch Probleme mit diesem „Onlinelexikon“ bei journalistischen Recherchen einer breiteren Öffentlichkeit kenntlich machen. Als der CSU-Politiker Karl-Theodor von und zu Gutenberg im Februar 2009 zum neuen deutschen Wirtschaftsminister ernannt wurde, erlaubte sich ein Internet-User einen kleinen Scherz. Zu den insgesamt neun Vornamen des in *Wikipedia* bereits erfassten Politikers fügte er einen zehnten – „Wilhelm“ – hinzu.

Der Zusatz geisterte prompt durch fast alle politischen Leitmedien: In Österreich entschuldigte sich nach Enttarnung des Schwindels TV-Nachrichtenmoderator Armin Wolf dafür, dass auch die *ZiB 2* Herrn Gutenberg zum „Wilhelm“ gemacht hatte. Er berief sich dabei auf *Spiegel Online* als Quelle. Das führende Online-Nachrichtenportal Deutschlands hatte den erfundenen, zusätzlichen Vornamen eben besonders schnell übernommen. Aus *Wikipedia*. Wird dann Selbstreferentialität zum System? Als einzelne *Wikipedia*-User und -Administratoren Zweifel wegen des neu eingefügten „Wilhelm“ hatten, wurde Letzterer kurzzeitig wieder gelöscht und wurden „Einzelnachweise“ aus unabhängigen Quellen gefordert. Die gab es bald zuhauf: Wer Stunden nach Gutenbergs Ernennung bei *Bild* oder *Süddeutsche*, *Rheinische Post* oder *taz* nachsah, bei *Standard* oder *Kleine Zeitung* in Österreich und vielen weiteren, fand da ebenfalls zehn Vornamen des Neo-Ministers. Übernommen aus *Wikipedia* und *Spiegel Online*. Prompt wurde also der erfundene „Wilhelm“ auch in *Wikipedia* wieder eingeführt. Unter Verweis auf *Spiegel Online* etc.

Der Namensfälscher, ein Journalismusstudent, kommentierte später seine kleine digitale Testreihe in einem Interview mit der *Zeit* selbst verblüfft: „Ich hatte keine großen Erwartungen daran. Mich hat daher sehr überrascht, wie viele Medien den Fehler übernahmen.“¹

Dass auch Journalistinnen und Journalisten in größerer Zahl auf *Wikipedia* zugreifen, ist allerdings schon länger aus verschiedenen Berichten, Experimenten und Interviews bekannt. Bei einer Studie mit deutschen Redaktionsleitern (Neuberger/Nuernbergk/Rischke 2008) wurde zwar

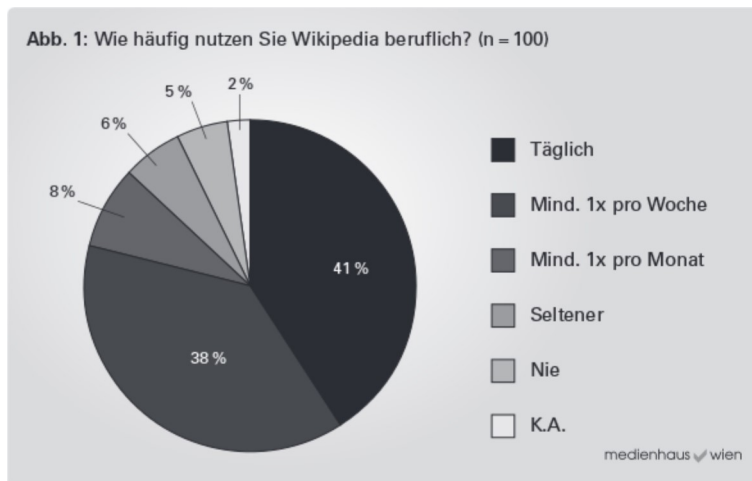
¹ Biermann, Kai (2009): „Mich hat überrascht, wie viele den Fehler übernahmen.“
<http://www.zeit.de/online/2009/08/gutenberg-bildblog-namensfaelschung?page=1>;
<http://www.zeit.de/online/2009/08/gutenberg-bildblog-namensfaelschung?page=2>,
abgerufen am 26. 02. 2009.

auch Skepsis gegenüber der Hilfestellung durch *Wikipedia* geäußert – es meinten aber gleichzeitig gerade einmal 4 % der Chefredakteure und Chefredakteurinnen, niemand im eigenen Haus würde die offene, von zehntausenden Usern selbst generierte Webenzyklopädie nützen. Eine Befragung des *Deutschen Journalisten Verbandes*² kam zum Ergebnis, dass drei Viertel der deutschen Journalisten *Wikipedia* zu Recherchezwecken nutzen.

Präzise Daten liegen nunmehr für Österreichs Politikjournalisten und -journalistinnen vor und zeigen denselben klaren Trend: 41 % der Befragten geben an, *Wikipedia* sogar täglich für berufliche Recherchen anzusteuern, 38 % mindestens einmal pro Woche, nur jeder Zwanzigste ist Totalverweigerer. Tendenziell verwenden jene Politikjournalisten, die mit nationaler und EU-Politik befasst sind, *Wikipedia* öfter als jene, die sich der Regionalpolitik zuwenden. Das ist aufgrund des Charakters und der Einträge von *Wikipedia* nachvollziehbar. Regionale Informationen sind im World Wide Web andernorts eher zu finden.

Als Grundmuster zieht es sich aber sonst durch alle Medien- und Altersgruppen: Es gibt kaum Politikrecherche, wo nicht auch *Wikipedia* zurate gezogen würde. Ob für Hörfunk, TV oder Onlinemedien: Politikrechercheure kommen ohne dieses Medium nicht aus.

Einzig in Print finden sich bei der Befragung einzelne *Wikipedia*-Absintente. Ausgerechnet die befragten Online- und Agenturjournalisten



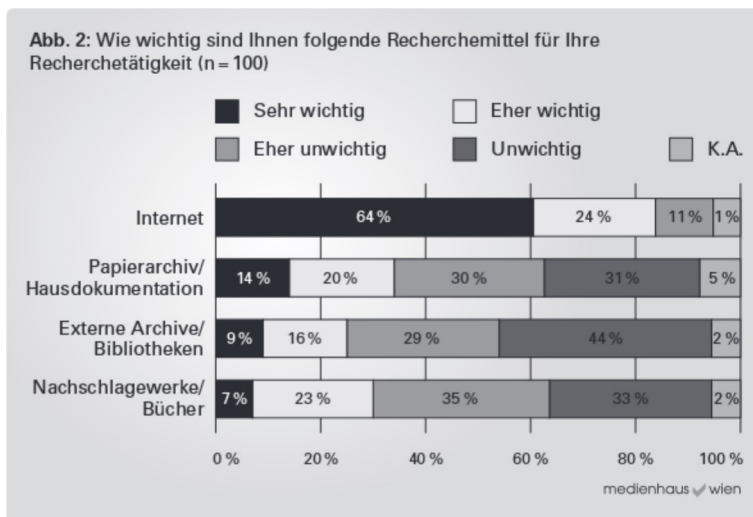
² Steiner, Markus (2009): 74 Prozent der Journalisten vertrauen auf Wikipedia. „Entscheidend ist, wie man mit der Online-Enzyklopädie umgeht.“ <http://presstext.de/news/080209001/74-prozent-der-journalisten-vertrauen-auf-wikipedia/>.

geben außerdem im Vergleich zu Kollegen anderer Mediengattungen an, *Wikipedia* seltener zu nutzen. Das lässt sich mit eben ihrer Webafinität erklären. Sie sind gewohnt, wesentlich mehr Quellen und Datenbanken online aufzusuchen und auszuwerten. *Wikipedia* greift für sie meist zu kurz.

Es mag – trotz kleiner Fallzahl – auch typisch sein, dass unter jenen, die nie *Wikipedia* ansteuern, mehr Redakteure und Redakteurinnen in leitenden Funktionen sind. Sie sind eher als Planer und Kommentatoren aktiv denn als Rechercheure. Es sind jene Politikjournalisten, die auch keine gedruckten Lexika für ihre tägliche Arbeit benötigen.

Wikipedia jedenfalls ist einer der wichtigsten Orientierungsleuchttürme im Web auch für den professionellen Medienmacher geworden. Wenn Themen, Personen und Trends auf die politische Agenda gesetzt sind, liefert das digitale Album nach dem „Jekami“-Prinzip („Jeder kann mitmachen“) auch Politikberichterstatern erste Hilfe und Basisdaten. Vergebährte Onlinearchive, die aus früheren Klassikern wie *Brockhaus* oder *Duden* entwickelt wurden, und auch oft hoch spezialisierte Fachdatenbanken für spezifisches Ressortwissen haben ebenfalls summiert weit weniger Besuch von Politikjournalisten als *Wikipedia*.

Die Relevanz von *Wikipedia* im World Wide Web wird noch deutlicher, wenn man im Vergleich die Daten der Nutzung von anderen, traditionellen analogen Recherchehilfen betrachtet: Nicht einmal ein Drittel



der Befragten hält gedruckte Nachschlagewerke für ihre Arbeit in der Redaktion noch für wichtig, nur knapp mehr als ein Viertel sagen das von externen Archiven und Bibliotheken. Ein Papierarchiv als redaktionsinterne „Hausdokumentation“, wie sie mehr als ein Jahrhundert lang Ausgangspunkt fast jeder Basisinformation im (Print-)Journalismus war, hält gerade noch ein gutes Drittel der Politikjournalisten für bedeutsam.

In den meisten österreichischen Medienunternehmen wurde diese „Haus-Doku“, die gedruckte historische und aktuelle Materialien, Pressekonferenzunterlagen, Zeitungsausschnitte, Buchkopien entlang unternehmensspezifischer Thesauri in Ordnern, Mappen und Regalen zusammenfasste, parallel zur Digitalisierung von Quellen und Archiven personell deutlich reduziert, wie etwa beim *Kurier*. Auch in einem eher fachspezifisch orientierten Tagesmedium wie dem *WirtschaftsBlatt* wurde in dessen „Info Research Center“ in den vergangenen Jahren Personal reduziert und die Arbeit noch mehr auf digitale Recherchen im Auftrag der Redakteure und Redakteurinnen konzentriert. Im *Standard* war das bei dessen Gründung 1988 noch recht traditionell gedachte und eingerichtete Hausarchiv dann selbst Ausgangspunkt neuer digitaler Projekte, und drei Dokumentare wurden 1995 zu Initiatoren und zum Kernteam des ersten Onlineauftritts.

In vielen Medienhäusern wurde die Dokumentationsabteilung rund um die Jahrtausendwende einfach abgeschafft, wie bei den Magazinen *trend* und *profil*. Bei späteren Neugründungen wurde ein solches Papierarchiv dann erst gar nicht mehr eingeführt – wie etwa bei *Österreich*.

Parallel trat *Wikipedia* seinen Siegeszug an. 2001 als „freie Enzyklopädie“ in den USA gegründet, wuchs es binnen weniger Jahre in vielen Staaten und Sprachen rasch an und zählte 2004 in der deutschen Version bereits 50.000 Einträge. Etwa um diese Zeit entdeckten es die großen deutschsprachigen Printmedien für ihre Leser. Ab da beschreiben und bewerben laufend neue Beiträge in *Süddeutscher*, *Spiegel Online*, *ARD*, *Focus* und Tageszeitungen das neue Onlinephänomen. Der webaffine *Standard* in Österreich freute sich schon am 11. Juli 2003 über den 20.000. deutschsprachigen Eintrag: „Freies Wissen verbucht Erfolge.“ Die *Berliner Zeitung* feiert „Diderots Enkel“: Es sei zwar noch „viele rudimentär“, aber *Wikipedia* mit seiner Aktualität „unschlagbar“.³

Parallel entdecken die professionellen Journalisten die neuen Möglichkeiten auch für sich selbst. Die nunmehr vorliegenden Befragungs-

³ Berliner Zeitung vom 16. 02. 2004.

daten legen nahe, dass der Transfer fast vollständig abgeschlossen ist: Archivrecherchen finden überwiegend digital statt (siehe Beitrag von Daniela Kraus in diesem Band). Unter den Angeboten mit lexikalischer Funktion ist *Wikipedia* jenes, das am meisten verwendet wird, und es liefert jedenfalls jene „Erstorientierung“, die früher mit Material, Büchern und Datensammlungen aus Hausarchiven gewonnen wurde. Dabei hat das deutschsprachige *Wikipedia* mit etwas mehr als einer Million Artikeln – Stand Jänner 2010 – die zweitgrößte Position hinter der englischen Version und noch vor der französischen *Wikipedia*-Sammlung. Just aus Anlass des inhaltlich wenig bedeutsamen, aber kuriosen Gutenberg-Fauxpas wurde eine breitere Branchendebatte über die Qualität dieser Einträge als Grundlage für professionellen Journalismus ausgelöst. Im (digitalen) Fachmagazin *Meedia* meinte dann etwa der Onlinechefredakteur von *handelsblatt.com* Sven Scheffler: „Ich halte *Wikipedia* per se für eine gute Quelle: durch die große Wikigemeinde ist die Qualität in der Regel sehr hoch, weil Fehler schnell durch andere korrigiert werden. Bei uns – wie bei allen Qualitätsmedien – gilt aber der Grundsatz zweier unabhängiger Quellen“ (Becker 2009). Nüchtern sieht dann Hans-Jürgen Jacobs, Chefredakteur von *sueddeutsche.de*, Recherche realitäten unter Zeitdruck, digital und analog: „Dass inzwischen sich manche Redaktionen die Suche nach der zweiten Quelle ersparen, ist kein online-spezifisches Problem“ (ebda.).

Laut der Nutzerbefragung von Neuberger/Nuernbergk/Rischke 2008 unter deutschen Redaktionsleitern dient *Wikipedia* Journalisten vor allem als Nachschlagewerk, um Hintergrundinformationen zu erhalten. Manche Medien veröffentlichen höchst zufriedene Beiträge zum digitalen „Wissen für alle“. Geradezu euphorisch sind die unter diesem Titel vorgetragenen Ergebnisse, die das Magazin *Stern* schon 2007 seinen mehr als sieben Millionen Lesern in einer Coverstory über *Wikipedia* präsentierte: 50 Stichworte seien von einem privaten „wissenschaftlichen Informationsdienst“ auf ihre Qualität getestet und größtenteils für gut, vielfältig und meist verständlich erklärt befunden worden. *Wikipedia* ließe „selbst den ehrwürdigen Brockhaus alt aussehen“, fasst der damalige Chefredakteur zusammen.⁴ Mit Schulnoten bewertet wurden die Einträge für so unterschiedliche Begriffe wie „Bundesversammlung“ oder „Brustkrebs“, „Angela Merkel“ oder „Opus Dei“.

Wikipedia als Web-2.0-Ergebnis von „Schwarm-Intelligenz“, also des Wissens sehr vieler, wurde nach ersten, fast ausschließlich begeister-

⁴ Güntheroth, Horst/Schönert, Ulf (2007): *Wikipedia – Wissen für alle*. In: *Der Stern* 50/2007, S. 3.

ten Medienberichten immer öfter, aber gerade von Berufsjournalisten auch kritisch kommentiert. Der basisdemokratische Ansatz macht manche skeptisch: „Die Erde wäre wohl heute noch eine Scheibe, wenn man das Urteil über ihre Form einer Demokratie überlassen hätte“, schreibt die *FAZ*.⁵ *Wikipedia* betreibe zudem eine „Fetischisierung des Einzelfaktums“ (ebda.). Das fürchten auch Heinevetter/Sanchez (2008: 143): „Die Webenzyklopädie verstrickt sich unter den faszinierten Augen der Öffentlichkeit in ihre Freak-Expertise.“

Die unklare Herkunft von Information und Korrekturen in den Einträgen wurde besonders häufig Gegenstand von Debatten. Nur kurz bevor die begeisterte Titelgeschichte des *Stern* erschien, waren auch Testergebnisse nach Recherchen eines 24-jährigen Studenten des California Institute of Technology bekannt geworden. Virgil Griffith hatte einen „Wikiscanner“ entwickelt, der anhand der IP-Adressen die Standorte von Rechnern feststellt, von denen aus Änderungen in *Wikipedia*-Einträge vorgenommen werden. Nach ersten Berichten mit kuriosen Beispielen im Fachmagazin *Wired* und dann der *BBC* wurde dieses Problem der von persönlichen Interessen geleiteten *Wikipedia*-Bearbeitungen in vielen Medien zitiert.⁶ Die Wikiscan-Kontrollroutine und ihr Erfinder wurden gelobt und porträtiert.⁷ Gerne kolportierte, international relevante Änderungen im englischsprachigen *Wikipedia* waren 2007 etwa jene am *Wikipedia*-Eintrag über den iranischen Präsidenten aus dem Rechnernetzwerk des US-Geheimdienstes *CIA*. Oder dass aus einem Rechner im Firmennetzwerk des Ölkonzerns *Texaco* der Beitrag über „Biodiesel“ überhaupt gestrichen worden war. Oder wie aus dem Netzwerk der Computerfirma *Apple* kritische Anmerkungen zum *Wikipedia*-Eintrag über *Microsoft* hinzugefügt wurden.⁸

Die neue Scan-Routine des Studenten machte an solchen Beispielen deutlich, was en gros, en detail Manipulationsoptionen der interessengeleiteten Bearbeitungen sind.

Wie verlässlich kann aber eine solche riesige, stets veränderliche Enzyklopädie dann überhaupt als Arbeitsgrundlage für professionelle Journalisten sein? Ist es doch ein allzu geschwätziges Konversations-

5 Thiel, Thomas (2007): Die Entwurzelung des Wissens. In: *FAZ* 189/16. 8. 2007. S. 36.

6 Siehe z.B. *Der Standard* vom 18. 10. 2007: *Wikipedia* sagt Vandalen den Kampf an. <http://derstandard.at/3046215>, abgerufen am 08. 01. 2010.

7 *New York Times Magazine*: Seeing Corporate Fingerprints in Wikipedia Edit. <http://www.nytimes.com/2007/08/19/technology/19wikipedia.html>, abgerufen am 21. 11. 2008.

8 Siehe z.B. *Der Standard* vom 18. 10. 2007: *Wikipedia*: Auch die *CIA* änderte Einträge. <http://derstandard.at/2998580>, abgerufen am 08. 01. 2010.

lexikon, in dem zu viele manipulieren statt informieren wollen? „Im Banalen oder im Skurrilen, in der *Wikipedia* zeigt die öffentliche Meinung ihr subjektives Gesicht so klar und deutlich wie nirgends sonst“ (Heinevetter/Sanchez 2008: 144).

Er sehe das Instrument nur als „Recherchekrücke“, beschreibt im Dezember 2009 einer der für die vorliegende Studie befragten österreichischen Politikjournalisten eines Printmediums: „Auf sentimentale Weise finde ich *Wiki*-Nutzung unsportlich und unjournalistisch, weil man alles dort Formulierte selber besser recherchieren sollte.“ Die Qualität der Quelle lässt sich dann besser beispielhaft analytisch als über die schiere Masse der Beiträge und Schnelligkeit der Beiträger diskutieren.

Nachdem *Wikipedia* von 79 % der österreichischen Politikjournalisten wöchentlich mindestens einmal, meist aber sogar vielfach für erste „Hintergrund“-Information herangezogen wird, sollten zuerst an einzelnen Beispielen eines österreichischen Wissenskanons der politischen Bildung Art und Qualität der Einträge überprüft werden. Emmerich Tálos erstellte die Gutachten. Die Grundannahme: Der jeweilige *Wikipedia*-Eintrag zu den ausgewählten Stichworten wäre als Beitrag für ein lexikalisches Handbuch der österreichischen Politik eingereicht worden – und müsste nun zur allfälligen Bearbeitung oder Publikation bewertet werden.

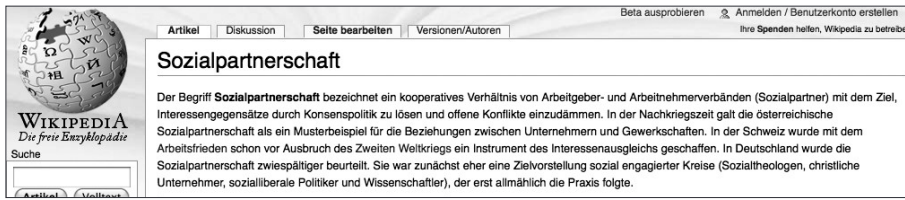
Als für Österreichs politisches System und seine Geschichte relevante Sachthemen wurden beispielhaft *Wikipedia*-Einträge zu folgenden Themen ausgewählt:

- Sozialpartnerschaft
- Bundesrat
- Austrofaschismus bzw. Ständestaat

Die Einträge wurden in ihrer Erscheinungsweise am Stand vom 10. Dezember 2009 gesichtet und können seither Form und Inhalte weiter verändert haben. *Wikipedia* ermöglicht aber jeweils auch die Betrachtung früherer „Versionen“ eines Eintrags – also auch des Dezember-Textes, der den folgenden Bewertungen von Emmerich Tálos zugrunde lag.

2. Wikipedia-Einträge zu Sozialpartnerschaft und Bundesrat

Sozialpartnerschaft in *Wikipedia*:



Der Beitrag beinhaltet neben einer Begriffsbestimmung eine Skizzierung der österreichischen Sozialpartnerschaft und darauf bezogener Kritikpunkte sowie eine knappe Beschreibung der Sozialpartnerschaft in den Nachbarländern Schweiz und Deutschland. Nicht zuletzt finden sich auch Hinweise zu den europäischen Sozialpartnerverbänden und deren Rolle im EU-Entscheidungsprozess. Für die Leserinnen und Leser werden damit einige Splitter an Informationen zu einem komplexen Thema geliefert.

Von diesen angeführten Punkten abgesehen, ist der Text insgesamt betrachtet allerdings eine merklich untaugliche Quelle für den Informationsbedarf in mehrfacher Hinsicht.

Viele Feststellungen sind schlichtweg falsch. Um einige exemplarisch anzuführen: Für Sozialpartnerschaft gab es im Nachkriegsösterreich zwar Ansätze einer kooperativ-konzertierten Politik, das Muster der Sozialpartnerschaft wurde aber erst in der zweiten Hälfte der 1950er-/ersten Hälfte der 1960er-Jahre etabliert. Sozialpartnerschaft ist auch Dialog (wie im Beitrag betont), dieser ist eine der Voraussetzungen für ihre Kernfunktion als politischer Mitgestaltungsfaktor. Diese Mitgestaltung bezieht sich mit unterschiedlichem Gewicht auf einige wesentliche, nicht jedoch auf „alle Wirtschafts- und Sozialbereiche“. Die Paritätische Kommission war in früheren Tagen ein wichtiges Instrument, ist allerdings seit Mitte der 1990er-Jahren als Medium für Interessenpolitik weitgehend abhandengekommen. Der Beitrag vermag nicht zwischen involvierten Akteuren und dem Muster der Sozialpartnerschaft zu unterscheiden.

Über diese unzutreffenden Feststellungen hinaus fehlt diesem Beitrag inhaltlich sehr viel, was für das Begreifen der Sozialpartnerschaft als ein spezifisches Muster der Interessenvermittlung und Interessenpolitik unumgänglich notwendig ist: Worin der Aktionsradius des sozialpartnerschaftlichen Musters und dessen Änderungen seit den 1990er-Jahren, insbesondere unter der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung, besteht, wird

nicht herausgestellt. Da der Kern der jeweiligen länderspezifischen Ausprägungen kooperativer Politik nicht adäquat erfasst wird, bleiben auch deren Unterschiede inhaltlich auf der Strecke. Ob überhaupt und, wenn ja, welche Rolle die Euroverbände im Sozialen Dialog tatsächlich auf EU-Ebene spielen, darüber lässt der Beitrag die Leserinnen und Leser im Dunkeln. Der Begriff „Korporatismus“ ist an einigen Stellen in den Text eingestreut, ohne klarzumachen, was damit gemeint ist. Dass mit dem Beitrag nur einige Oberflächenphänomene eines komplexen Themas markiert werden, hängt vor allem auch damit zusammen, dass er sich auf ganz wenig, bereits ältere Literatur stützt und den einschlägigen aktuellen Forschungsstand weitgehend unberücksichtigt lässt.

Aktualität, sonst ein gerne zitierter Vorteil eines digitalen Lexikons bzw. von Wiki-Medien, ist im konkreten Beispiel also kein Kriterium. Unter den Gesichtspunkten eines Herausgebers eines Nachschlagewerks zum österreichischen politischen System würde der Beitrag über „Sozialpartnerschaft“ auch deswegen zurückgewiesen, weil er keineswegs mit jüngerer Forschung oder Literatur zum Thema begründet ist.

Etwas besser erklärend, wenn auch ebenfalls mit Gerüchten und Vermutungen durchwirkt und zu wenig systematisiert, ist der *Wikipedia*-Eintrag zur zweiten Kammer des österreichischen Parlaments, zum „Bundesrat (Österreich)“.

Bundesrat (Österreich) in *Wikipedia*:



Der Beitrag umfasst zum einen eine knappe Beschreibung zentraler Punkte der Institution Bundesrat sowie eine ausführlichere Darstellung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Aufgaben, der Besetzung und Zusammensetzung nach Parteien und Bundesländern. Zum anderen findet sich eine Skizzierung unterschiedlicher, auch kritischer Einschätzungen dieser Institution des österreichischen Parlamentarismus, die in Forderungen nach Aufwertung und Umbau bis zur Abschaffung münden. Während Erstere schlagwortartig angedeutet wird,

werden Kritikpositionen breiter ausgeführt – so z.B. Missbrauch des Bundesrates als Kadenschmiede, „Ausgedinge“ altgedienter Funktionäre, Kompetenzbeschränkung, Verdoppelung der Kräftekonstellation des Nationalrates, Orientierung an Partei- und nicht an Länderinteressen. Wenige Hinweise finden sich auf Überlegungen zu einem Umbau des Bundesrates z.B. in Richtung einer Vertretung der Landtage oder der Landesregierungen bzw. überhaupt einer Ersetzung durch die Landeshauptleutekonferenz.

Als Argument für die Beibehaltung eines Zweikammersystems wird wiedergegeben, dass dieses für Bundesstaaten charakteristisch sei.

Der Beitrag insgesamt liefert eine Reihe durchaus wichtiger Informationen zur sogenannten zweiten Kammer des österreichischen Parlamentarismus. Kritisch anzumerken ist nicht nur, dass der Aufbau des Beitrages eine klare Systematik vermissen lässt – er stellt eher eine Aneinanderreihung einzelner Aspekte ohne roten Faden dar. Zudem bedürfen die Zahlen über die Zusammensetzung nach Parteien der Aktualisierung. Dass die Mehrheit der Politologen für eine Abschaffung des Bundesrates ist, ist wohl ein unbelegtes und unzutreffendes Gerücht. Die Beibehaltung dieser Institution – trotz allfälliger Kritik – hat ihren Grund nicht nur darin, dass es sich bei einer zweiten Kammer um ein Charakteristikum von Bundesstaaten handelt. Aufgrund des EU-bedingten Kompetenzverlustes der Bundesländer würde die Abschaffung des Bundesrates den verfassungsrechtlich relativ schwach ausgestatteten Föderalismus in Österreich auch institutionell schwächen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Bundesländer dem zustimmen würden. Der Trend wird eher in Richtung eines Umbaus (z. B. Verstärkung der Kompetenzen) gehen.

Das größte Manko des Beitrages liegt darin, dass die Leserinnen und Leser nichts über die tatsächliche Einbindung in den und die Rolle im Gesetzwerdungsprozess erfahren. Ein Blick in den Beitrag von Günther Schebeck (2006) über den österreichischen Parlamentarismus und dessen Rezeption könnte dem abhelfen.

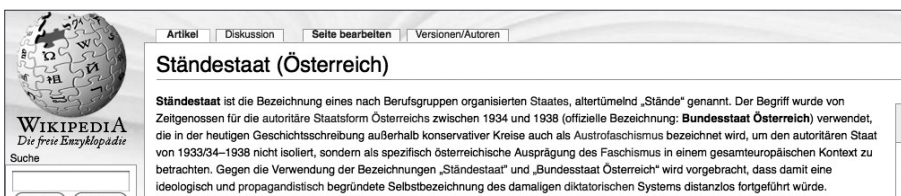
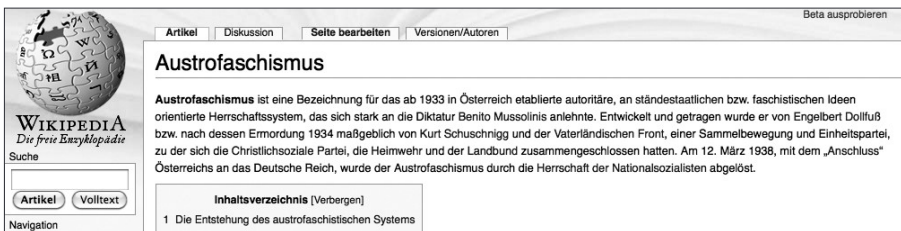
3. Die Wikipedia-Einträge „Austrofaschismus“ und „Ständestaat (Österreich)“

Inhaltlich noch umstrittener können *Wikipedia*-Einträge zu historischen Konfliktthemen der österreichischen Identität sein: Gerade der User-Diskurs wäre dann allenfalls bereichernd. Etwa zum politischen System Österreichs nach Ausschaltung des Nationalrates im Jahr 1933. Zwei Stichworte nehmen in *Wikipedia* darauf Bezug: „Austrofaschismus“ und „Ständestaat (Österreich)“. Schon die begriffliche Unterscheidung

wäre gemeinhin Hinweis auf verschiedene Einschätzung dieses Zeitabschnitts. Im *Wikipedia*-Eintrag stiftet die doppelte „Buchführung“ aber eher Verwirrung als eine nachvollziehbare Differenzierung. Auch jeweils gegenseitige Verlinkung – sonst ein hilfreiches Privileg der Hypertextualität im Web – hilft hier nicht zu einem Gesamtbild, sondern ist eben Hinweis auf mangelnde redaktionelle Koordination und die häufige Parallelität, mit der Einträge entstehen, die dann oft schwer wieder zueinandergeführt werden können. Den einen „Thesaurus“ des Archivars, der Überbegriffen und Subkategorien logisch zuzuordnen versucht, gibt es in *Wikipedia* eben nicht von vorneherein. Die Website dehnt sich zufällig und nach gerade akuten User-Interessen aus, Querverweise entstehen wohl – aber auch recht beliebig. In einem weiteren Beitrag über „Ständestaat“, der sehr allgemein und international gehalten ist, finden sich einige Literaturhinweise zum Thema. Von dort wird auch zum spezifisch auf Österreich Bezug nehmenden Beitrag „Ständestaat (Österreich)“ verlinkt. In Letzterem wiederum ist aber überhaupt keine einschlägige wissenschaftliche Literatur als Grundlage des Beitrags angeführt.

Wenn *Wikipedia* „eine gute Quelle, um sich Hintergrundinformationen zu erarbeiten“, ist, wie *Spiegel-Online*-Chefredakteur Rüdiger Ditz (Becker 2009) meint, werden Österreichs (Politik-)Journalisten und Journalistinnen bei Recherchen zum Austrofaschismus wohl eher enttäuscht. Bei fachlicher Betrachtung ist das Ergebnis, wie Emmerich Tálos analysiert, dürftig.

Austrofaschismus und Ständestaat (Österreich) in *Wikipedia*:



Die beiden Texte umschreiben den gleichen Sachverhalt mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und gegenseitigen Verweisen. Die differierende Begriffswahl spiegelt nicht – wie sonst in Österreich üblich – die kontroversiellen Einschätzungen des Herrschaftssystems 1933–1938.

Im ausführlicher gestalteten ersten Text zum Austrofaschismus wird nach einer Begriffserläuterung der Konstituierungsprozess zu Beginn der 1930er-Jahre breit beschrieben: vom Korneuburger Eid, den für die herrschenden bürgerlichen Parteien negativen Wahlen und den gleichzeitig beträchtlichen Gewinnen der Nationalsozialisten 1932 bis zur Lahmlegung des Nationalrates im März 1933 durch die von Dollfuß geführte Regierung. Als weitere Etappen werden der Einsatz des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes gegen die Opposition und deren Ausschaltung, vorerst des Sozialdemokratischen Schutzbundes, der KPÖ und NSDAP, später der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, beschrieben. Die Skizzierung der Strukturen des Herrschaftssystems beschränkt sich auf die Erwähnung der Promesse der neuen Verfassung vom 1. Mai 1934. Die Auswirkungen des austrofaschistischen Herrschaftssystems werden an Politikfeldern wie der Justiz- und Repressions-, der Bildungs-, (sehr knapp) der Wirtschafts- und Sozial- sowie der Kulturpolitik aufgezeigt. Als zwei Stützen des Systems werden die Katholische Kirche und der Katholische Cartellverband dargestellt. Darüber hinaus beinhaltet der erste Text Ausführungen über den Antisemitismus, das Ende des Austrofaschismus und (abschließend) kontroverielle Einschätzungen und Einordnungen dieses Herrschaftssystems und seiner Führung.

Der zweite Text könnte in inhaltlicher Hinsicht als selektive Ergänzung des ersten interpretiert werden. Abgesehen von einer ähnlichen Begriffsdeutung und Hinweisen zur Konstituierung werden im „Ständestaat“-Beitrag die ideologischen Wurzeln, Aspekte der ständischen Strukturierung und die Verwendung von Symbolen beschrieben.

Beide Texte zusammen betrachtet liefern ein durchaus mehrschichtiges Bild des in Österreichs Politik und Wissenschaft nach wie vor äußerst umstrittenen Herrschaftssystems. Insofern vermag der Text den Leserinnen und Lesern einen Einstieg zum Thema zu eröffnen.

Ungeachtet dessen sind Probleme von Wikipedia-Texten – wie bereits an den beiden anderen kommentierten Einträgen aufgezeigt – auch hier evident.

Es finden sich nicht wenige unzutreffende und missverständliche Feststellungen: Weder trifft (so im ersten Text) zu, dass Dollfuß seit dem 1. Oktober 1932 teilweise unter Berufung auf das Kriegswirtschaft-

liche Ermächtigungsgesetz regierte (es war ein einziger Fall), dass der 4. März 1933 der Anstoß zur Machtübernahme war (die bürgerlichen Parteien waren seit einiger Zeit an der Macht), dass die Abgeordneten der Vaterländischen Front die einschneidende Veränderung des Rahmens der (auch verfassungsmäßigen) Gesetzgebung am 30. April beschlossen haben (es waren noch die einst in den Nationalrat gewählten Abgeordneten), dass Nationalsozialisten erst nach dem Juliputsch in Anhaltelager eingesperrt worden sind (auch schon vorher), noch (im zweiten Text), dass es 1934–1938 das Bundeswappen der Donau- und Donaureichsgaue gab (Verwechslung mit 1938ff.) oder im Austrofaschismus sieben Kammern errichtet werden sollten.

Ein Zweites: Während der erste Text noch einen roten Faden der Darstellung erahnen lässt, fehlt dieser vollends im zweiten Text. Statt einer durchstrukturierten Darstellung geht es um ein Aneinanderstoppeln von Aspekten, die auf der Rezeption einiger weniger Texte – bei Ausblendung der einschlägigen Forschungsliteratur – basiert.

Nicht zuletzt sind auch bei diesen Texten inhaltliche Ausblendungen konstatierbar, die ein adäquates Verständnis zumindest beeinträchtigen. Als gravierend sei als Erstes angeführt, dass in beiden Texten ein zentrales Moment im Konstituierungsprozess vollends ausgeblendet bleibt: das Zusammenfallen von wirtschaftlicher Krise und politischer Krise der regierenden bürgerlichen Parteien. Denn vor diesem Hintergrund wurde die Ausschaltung des Parlaments nicht erst im März 1933, sondern bereits im Sommer 1932 von wichtigen politischen Akteuren wie dem Dollfuß-Nachfolger und späteren Bundeskanzler Schuschnigg ventiliert. Da die Struktur des Herrschaftssystems weder in formeller noch in realer Hinsicht erfasst wird, bleibt auch die Frage auf der Strecke, inwiefern Anspruch und Realität des Austrofaschismus beispielsweise hinsichtlich der berufsständischen Ordnung der Gesellschaft auseinanderklaffen bzw. wie zutreffend oder unzutreffend der dem Selbstverständnis der Herrschenden entstammende Begriff „Ständestaat“ ist. Die zentralen Träger werden nur in selektiver Weise wahrgenommen, die zentrale Rolle der Regierung und der Heimwehren bleibt ausgeblendet, dafür wird ganz unzutreffend die Rolle der Vaterländischen Front überbewertet. Die außenpolitischen Verflechtungen mit Italien und Ungarn sind ebenso wenig Thema wie die Bedeutung und Auswirkungen des sogenannten Juliabkommens im Jahr 1936 mit dem deutschen Faschismus.

Insgesamt gilt auch für diese beiden Beiträge: Eine punktuelle Rezeption einiger Texte durch Wikipedia-Mitwirkende reicht nicht, um ein so komplexes Thema wie Austrofaschismus/Ständestaat adäquat zu

vermitteln. Eine gründlichere Bearbeitung und Berücksichtigung der einschlägigen Forschungsliteratur wäre von unübersehbarem Nutzen.

4. Daten und Biografien als Grundlagen der Politikrecherche

In den Gesprächen mit österreichischen Politikjournalisten und -journalistinnen zu deren *Wikipedia*-Nutzung wird als besonders häufiges Motiv auch die Suche nach Biografien und Eckdaten genannt. „Vor allem erste Überblicke, Geburtsdaten und Funktionen von Politikern und Wirtschaftsleuten“ sucht ein befragter Politikjournalist des *ORF*: „Das hilft auch bei Kontrollen in letzter Minute vor einer Sendung.“ Über Jahrzehnte waren solche Recherchen vor allem in abonnierten Loseblattsammlungen seriöser Archivverlage in den Hausarchiven der Redaktionen verfügbar. Aktualisierungen der Curricula hatten damals entsprechend Verzögerungen. *Wikipedia* hat als wohl wichtigste Unterscheidung die ständige Erneuerungs- und Verbesserungsmöglichkeit. Das wird auch praktisch immer wieder deutlich: Als etwa die neue österreichische Wissenschaftsministerin Beatrix Karl am Morgen des 26. Jänner 2010 gerade erst von der Angelobung aus der Hofburg kommt, wird ihr *Wikipedia*-Eintrag prompt aktualisiert – bereits um 9.36 Uhr. Es folgen weitere, kleine Justierungen des Textes im Laufe des Tages – und fast ebenso schnell der erste inhaltliche Disput der User. Um 22.55 Uhr wird der Satz eingeführt, die nunmehrige Wissenschaftsministerin Karl „fordert die Wiedereinführung der Studiengebühren“. Nur drei Minuten später wird das von anderer Seite wieder aus dem Beitrag gelöscht. Ungeachtet dessen, dass die neue Ministerin in Interviews diese Forderung wiederholte.

„Das Wunder von *Wikipedia* ist, wie aus Gezänk Wissen entsteht“, beschreibt auch *Der Spiegel*⁹ die Psychologie der Mitarbeiter und zeigt anhand skurriler Beispiele (wie des Eintrags zum Wiener Donauturm), wie User oft tagelang um Worte und Bezeichnungen feilschen. Manchmal mit sektiererischem Eifer ohne Blick aufs Ganze. Nach den Recherchen des *Spiegel* sei letztlich nur „ein halbes Prozent aller aktiv gewordenen Nutzer für zwei Drittel der Editierungen verantwortlich“.

Solche Aktualität und Diskurse hatten die früheren Personenarchive nicht zu bieten – aber traditionelle Verlässlichkeit. Der Anbieter *Munzinger* als eine der bekanntesten Quellen hatte im deutschsprachigen Raum etwa schon seit 1913 ein Programm und eine gute Verankerung in vielen Redaktionen entwickelt. Das *Munzinger*-Archiv wurde (ebenso wie der *Duden* oder der *Brockhaus*) inzwischen als kostenpflichtiges Angebot ins World Wide Web überführt. Nur 23 % der österreichischen

⁹ von Rohr, Matthieu (2010): Im Inneren des Weltwissens. In: *Der Spiegel* 16/2010, 19. 04. 2010.

Journalisten und Journalistinnen nutzen irgendeines dieser kostenpflichtigen Archive im Internet mindestens einmal wöchentlich (siehe Beitrag von Daniela Kraus in diesem Band). Der vielfach häufigere Zugriff auf *Wikipedia* liefert biografische Daten eben rasch und kostenlos.

Die Qualität kann neuerlich nur beispielhaft untersucht werden. So wurden für diesen Beitrag – mit Stand 14. 01. 2010 – alle verfügbaren Einträge der zu diesem Zeitpunkt aktiven 183 österreichischen Nationalratsabgeordneten abgerufen, in Umfang und Inhalt der biografischen Darstellung kategorisiert und mit allen Basis-Einträgen der Mandatare auf der Website des Parlaments verglichen sowie in Stichproben mit weiteren Quellen im Internet. Generell zeigt sich, dass die offiziellen Einträge am Parlamentsserver auch eine der wichtigsten Grundlagen von *Wikipedia* waren. Manche kurzen *Wiki*-Ersteinträge österreichischer Mandatare – etwa jener des *SPÖ*-Klubobmanns Josef Cap oder jener der grünen Parteioberfrau Eva Glawischnig – reichen ins Jahr 2004 zurück. Zu einer Welle von Neuerfassungen kam es in den Jahre 2006 bis 2008 im Rahmen eines von *Wikipedia*-Usern organisierten „Politik-Projektes“, das sich zum Ziel gesetzt hatte, in der deutschsprachigen Version möglichst flächendeckend alle Mandatare von Parlamenten und Landtagen curricular zu beschreiben. Für die Koordination österreichischer Biografien zeichnet „Geiserich77“ – nach eigenen Webangaben zum Pseudonym ein 1977 geborener *Wikipedia*-„Administrator“ aus Wien – verantwortlich, der seit 2005 mehr als tausend (!) Biografie-Einträge zu österreichischen Persönlichkeiten ganz neu vornahm oder cursorisch vorhandene Einträge wesentlich bearbeitete, darunter mehr als 300 von aktiven oder ehemaligen Abgeordneten des Nationalrats. Das beachtliche Engagement dokumentiert zugleich engagierten Glanz und menschliche Grenzen des Konzepts *Wikipedia*: Im Fließbandbetrieb hat alleine dieser „Administrator“ auch noch 178 Bezirksvorsteher Wiens und Gemeinderäte digital erfasst, aber auch die „Geschichte der Grünen“ ins Lexikon eingetragen, Daten des 1900 gegründeten und 1940 eingestellten *Wienerwald-Boten* ebenso als Erster publiziert wie gesetzliche Grundlagen, Aufgaben und Funktionsweise der „Tiroler Landesregierung“ skizziert. Administrator „Geiserich77“ startete oder bearbeitete alle Einträge von Wiener Gemeindebezirken, aber auch jenen zur „Geschichte Osttirols“.

Weil selbst bei bester Absicht so vielfältige Expertise in noch dazu möglichst kurzer Zeit bei einem Einzelnen nicht vorliegen kann, hofft das System *Wikipedia* dann eben auf die Qualitätsverbesserung mithilfe der vielen.

Zerfaß/Welker/Schmidt analysierten typische *Wikipedia*-Nutzerkarrieren und stellten 2008 fest, dass etwa der Teilnehmer mit den meisten Bearbeitungen im deutschen *Wikipedia* alleine 180.000 (!) Mal aktiv war. Dutzende kleine Korrekturen – vom neuen Beistrich bis zum geänderten Datum – können da an nur einem Abend vorgenommen werden. Umgekehrt bestehe aber „eine große Chance, dass die erste Arbeit, mit der ein Neuling anfängt, nicht akzeptiert wird. Dann ist es sehr wahrscheinlich, dass er nicht über das eine Edit hinauskommt und danach die Mitarbeit an *Wikipedia* einstellt“ (Zerfaß/Welker/Schmidt 2008: 190).

Für die Biografien der österreichischen Nationalratsabgeordneten wurden von „Geiserich77“ vor allem die stichwortartigen Texte zu Zugehörigkeiten, Auszeichnungen und Ausschusstätigkeiten des Parlamentsservers als Grundgerüst auch für *Wikipedia* übernommen und ausformuliert. Trotz solcher Projekte, Administratoren und hunderter beitragender User ist Vollständigkeit aber dann erst wieder nicht gewährleistet. So war der im Oktober 2009 in den Nationalrat nachgerückte FPÖ-Mandatar Heinz-Peter Hackl jedenfalls auch noch Ende Jänner 2010 ohne *Wikipedia*-Eintrag.

Bei insgesamt 130 Mandataren konnte aber jedenfalls zu diesem Termin beim Vergleich zu den biografischen Eckdaten des Parlamentsservers ein Mehr an Informationen zur Person festgestellt werden.

Allerdings sind diese Vermerke höchst unterschiedlicher Art und Qualität, wesentlich abhängig auch von den jeweiligen Interessen und vom Engagement von Abgeordneten selbst, von deren Mitarbeitern in den Parteien sowie Strategien der Öffentlichkeitsarbeiter der Parlamentsklubs, die sich an Veränderungen und Ergänzungen beteiligen. So sind bei vielen ÖVP-Mandataren wesentlich mehr persönliche, familiäre Angaben in *Wikipedia* angeführt als bei Mandataren anderer Parteien. Die *Wiki*-Einträge der ÖVP-Mandatare wurden auch konsequenter als bei Abgeordneten anderer Parteien mit den jeweiligen Onlinebiografien auf Parteiservern verlinkt.

Besonderes Interesse der *Wikipedia*-Community fand der kritische Diskurs über Burschenschafts-Mitgliedschaften von Abgeordneten der FPÖ und des BZÖ, deren Aktivitäten und Auftritte in solchen Verbindungen in *Wikipedia*-Biografien häufig ausführlich dargestellt werden.

Insgesamt mehr als 250-mal wurde etwa der Eintrag des 3. Präsidenten des Nationalrats Martin Graf, selbst „alter Herr“ der Burschenschaft *Olympia*, seit der ersten Erfassung in *Wikipedia* geändert. Durchschnittlich waren sonst bis Jänner 2010 maximal ein bis zwei Dutzend Änderungen, Ergänzungen und Aktualisierungen bei den *Wikipedia*-Biografien österreichischer Mandatare üblich.

Trotz aller Revision der großen Community bleiben oder entstehen auch immer neue sachliche oder auch einfach orthographische Fehler. Im Eintrag zu Martin Graf ist dann etwa der Name des Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich mehrfach falsch geschrieben. Immer wieder werden eher nebensächliche Kuriosa zum tragenden Inhalt der Biografien: In den Einträgen zweier niederösterreichischer Mandatäre (Anton Heinzl/*SPÖ* und Hans Jörg Schelling/*ÖVP*) wird ausführlich darauf hingewiesen, wie sie seit Jahren einander jeweils gegenseitig und andere Politiker klagen und von wieder Dritten selbst geklagt wurden. Auf das sachliche Substrat der Vorwürfe wird dabei nie eingegangen, eine Verurteilung wegen „übler Nachrede“, so heißt es dann, sei „bereits getilgt“. Aber das Faktum eben keineswegs aus den *Wikipedia*-Annalen.

Für eine Analyse der *Wikipedia*-Qualität bei Politiker-Biografien sollte zusätzlich zur Gesamterfassung der 183 Abgeordneten und neben einigen Schlaglichtern zu offensichtlichen Gestaltungsproblemen ebenfalls an einem Beispiel die Qualität eines biografischen Eintrages untersucht werden. Ausgewählt wurde der *Wikipedia*-Eintrag betreffend den Klubobmann der derzeit größten Parlamentsfraktion, Josef Cap.

Josef Cap in *Wikipedia*:

The screenshot shows the Wikipedia article for Josef Cap. The article text is as follows:

Josef Cap ([ʃap]], * 4. Jänner 1952 in Wien) ist ein österreichischer sozialdemokratischer Politiker und seit 2007 Klubobmann der SPÖ im Nationalrat.

Cap absolvierte die Volksschule und das Gymnasium bei den Piaristen. Er begann zunächst ein Studium der Rechtswissenschaften, wechselte danach auf Politikwissenschaften und promovierte 1988 mit seiner Dissertation über die sozialdemokratische Identität zwischen 1978 und 1988 zum Dr. phil.

1978 bis 1984 war er Vorsitzender der Sozialistischen Jugend. 1982 initiierte er innerhalb der SPÖ eine „rot-grüne Plattform“, die auf heftige Kritik des Parteivorstandes stieß. Allerdings gelang es ihm, im Mai 1982 in diesen hineingewählt zu werden. 1983 zog er nach einem Vorzugsstimmenwahlkampf (62450 Stimmen) als Abgeordneter in das Parlament ein, enttäuschte aber die in ihn gesetzten Erwartungen so vollständig, dass prominente Unterstützer wie Sigi Maron und Fritz Nussböck eine bittere Abrechnung über Cap veröffentlicht haben.^[1] Von 1988 bis 1993 war er Zentralsekretär der SPÖ, von 1993 bis 1995 SPÖ-Bundesgeschäftsführer und von 2000 bis 2007 geschäftsführender Klubobmann der SPÖ im Nationalrat.

On the right side of the article, there is a portrait of Josef Cap with the caption "Josef Cap".

Die Beschreibung des Politikers Cap umfasst einige wenige Daten über die Stationen seines Bildungsweges, seine Partei- und Parlamentsfunktionen. Nicht zuletzt ist daraus erfahrbar, dass Cap auch einige Auszeichnungen im Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit erhalten hat. Dass er in früheren Tagen einmal weniger angepasst war, wird ebenso angedeutet wie das Faktum, dass einige der Unterstützer seines Vorzugsstimmenwahlkampfes, der seine weitere erfolgreiche Karriere innerhalb der SPÖ fundierte, von Cap enttäuscht waren.

Ausgeblendet bleibt dabei ein wichtiger Aspekt, nämlich wofür Cap inhaltlich innerhalb seiner Partei und als Parlamentarier stand und steht, welches die Schwerpunkte seines politischen Wirkens sind. Dies zu thematisieren wäre vor allem auch deswegen von Interesse, weil damit ein differenzierteres Bild eines Politikers gezeichnet würde, der seit mehr als zwei Jahrzehnten zur engsten Führungsspitze der SPÖ zählt und damit auch für den Entwicklungsprozess dieser Partei wesentlich mitverantwortlich zeichnet. Während einige andere Spitzenpolitiker von der politischen Bühne abgetreten sind (z. B. Klima, Gusenbauer, Schlögl, Einem), steht Cap nach wie vor im Zentrum der SPÖ.

Kurz gesagt: Der Wikipedia-Beitrag beschränkt sich auf die Wiedergabe einiger weniger „dürrer“ Fakten. Diese Informationen sind wichtig und entsprechen vermutlich auch dem vorrangigen Interesse eines Teiles der Nutzerinnen und Nutzer von Wikipedia an knapp gefassten Überblicken. Mit der Aufzählung von Funktionen wird allerdings der Eindruck erweckt, dass es im Politikerleben nur darum geht, welche Funktionen, und nicht auch, wofür diese ausgeübt werden. Veränderungen im Leben eines Politikers werden nur auf Ebene der Funktionen, nicht jedoch auch auf inhaltlicher Ebene – möglicherweise entlang seines Karriereweges – dargestellt. Wenn auch diese Publikation nicht das Gleiche leisten kann wie die Ausführungen im Band „Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik“ (hg. von Dachs/Gerlich/Müller 1995), so ist die dort gewählte inhaltliche Strukturierung einer Biografie (der Weg in Spitzenpositionen, Wirken und Leistungen) vorbildhaft.

Diese exemplarische Auswahl dokumentiert: Ein vorrangiges Recherche-Interesse vieler User, also wohl auch jener fast 80 % der Politikjournalisten, die *Wikipedia* zumindest wöchentlich nutzen, wird insofern befriedigt, als knappe, übersichtliche Information und Beschreibungen oft vorhanden sind und Informationen webspezifisch miteinander verknüpft werden, also weiterführendes Suchen erleichtern.

Wikipedia-Einträge zu österreichischen Politikthemen vermitteln aber, so lässt sich anhand der ausgewählten Beispiele auch illustrieren, durchwegs einen äußerst selektiven, zum Teil inhaltlich verzerrten Blick auf das jeweils gegenständliche Thema.

Für wissenschaftliche Arbeiten besteht – nicht nur in Österreich – breiter Konsens, dass *Wikipedia* keine zitierbare Quelle ist. Im Journalismus scheint die Nutzung zudem dann unproblematisch, wenn *Wiki*-Einträge eben nur als einer von vielen Informationspunkten aufgesucht

werden und erfahrene Journalisten auch die Schwächen dieser Datensammlung im Web gut kennen.

Es ist dann allerdings auch für konkrete Politikberichterstattung problematisch, wenn aufgrund des Budget- und Zeitmangels der schnellen *Wikipedia*-Recherche ein besonderes Gewicht eingeräumt wird. Zumal viele Quellen im österreichischen Journalismus nicht offengelegt werden, wäre es für das Publikum außerdem meist gar nicht nachvollziehbar, falls *Wikipedia* doch die einzige Grundlage für manche Basisinformationen war. Manchmal, so ein häufiger Verdacht, würde *Wikipedia* mit schlechtem Gewissen als einzige Quelle verwendet – und gerade deswegen bewusst verschwiegen. Im November 2009 machten die Tutoren und Tutorinnen der Einführungsvorlesung zu „Methoden wissenschaftlichen Arbeitens“ des Wiener Publizistikinstitutes dazu folgendes Experiment: Die rund tausend erstsemestrigen Teilnehmer dieser Massenvorlesung sollten möglichst viele Bedeutungen für das Kürzel „OTS“ herausfinden: von „Orbital Test Satellit“ bis „Original-Text-Service“ der *Austria Presse Agentur* als nur zweien von vielen Möglichkeiten. Einer der Lehrveranstaltungsleiter hatte kurz davor selbst einen neuen Beitrag in *Wikipedia* angelegt: OTS, so heißt es darin, stehe für „Objektive Theorien-Suche; engl.: Objective Theory Search“. Und dies sei eine „Methode zur Überwindung des Streits über qualitative und quantitative Methoden in der Sozialwissenschaft“. Im kurzen, sehr professionell wirkenden Beitrag, der zu verschiedenen anderen Schlagworten aus Sozialwissenschaft und Methodenlehre verlinkt ist, wurde die eigentlich eben erst exklusiv für *Wikipedia* in Wien erfundene „OTS-Methode“ einem in den Siebzigerjahren verstorbenen US-Politikwissenschaftler zugeschrieben.

Die erste interessante Erkenntnis: Der pseudowissenschaftlich hübsch verbrämte Humbug konnte in *Wikipedia* problemlos publiziert werden, von *Wiki*-Administratoren, die Neueinträge routinemäßig sichten, wurde das nicht beanstandet. Es fanden sich in Folge auch keine User, die darüber gestolpert wären und Beweise, Korrekturen oder gar eine Löschung des Eintrags zur Diskussion gestellt hätten.

Ein weiteres interessantes Ergebnis des Versuchs wurde aber in den tausend abgegebenen Arbeiten der Studierenden deutlich: In mehr als einem Drittel der abgegebenen Texte über mögliche Bedeutungen des Kürzels OTS fand sich auch der Hinweis, es könne sich dabei um „Objective Theory Search“, eine vor Jahrzehnten erfundene Methode der Sozialwissenschaft handeln. Woher dieses Wissen der angehenden Publizisten stammte, wurde indes meist nicht offengelegt.

Literatur

- Becker, Alexander (2009): Wiki-Schwindel: Wie News-Macher reagieren. http://meedia.de/nc/details/article/wiki-schwindel--wie-news-macher-reagieren_100016244.html?et_cid=4&et_lid=5&et_sub=%22Wiki-Schwindel: %20Wie %20News-Macher %20reagieren %22. 17.02.2009.
- Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (Hg.) (1995): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Manz Verlag. Wien.
- Heinevetter, Nele/Sanchez, Nadine (2008): Was mit Medien ... Theorie in 15 Sachgeschichten. Fink. Paderborn.
- Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (2008): Konkurrenz, Komplementarität, Integration? Zum Beziehungsgeflecht zwischen Weblogs, Wikipedia und Journalismus. Ergebnisse einer Befragung von Nachrichtenredaktionen. In: Raabe, Johannes (Hg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. UVK Verlag. Konstanz. S. 105–117.
- Schefbeck, Günther (2006): Das Parlament. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Tálos, Emmerich (Hg.): Politik in Österreich. Ein Handbuch. Manz Verlag. Wien. S. 139–167.
- Zerfaß, Ansgar/Welker, Martin/Schmidt, Jan (Hg.) (2008): Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Herbert von Halem Verlag. Köln.

Ausgewählte Literatur von Emmerich Tálos zu den Themen der analysierten Wikipedia-Einträge

- Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Tálos, Emmerich (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Ein Handbuch. Manz Verlag. Wien.
- Karlhofer, Ferdinand/Tálos, Emmerich (Hg.) (1996): Sozialpartnerschaft und EU. Signum Verlag. Wien.
- Karlhofer, Ferdinand/Tálos, Emmerich (Hg.) (1999): Zukunft der Sozialpartnerschaft. Veränderungsdynamik und Reformbedarf. Signum Verlag. Wien.
- Karlhofer, Ferdinand/Tálos, Emmerich (Hg.) (2005): Sozialpartnerschaft – Eine Europäische Perspektive? LIT Verlag. Wien.
- Obinger, Herbert/Tálos, Emmerich (2006): Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

- Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.) (1996): Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. 2. Auflage. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien.
- Tálos, Emmerich (Hg.) (1982): Staatliche Sozialpolitik in Österreich, Rekonstruktion und Analyse. 2. Auflage. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien.
- Tálos, Emmerich (Hg.) (1993): Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien.
- Tálos, Emmerich (2000): Das politische System in Österreich. (Mitarbeit: Herbert Dachs, Gerda Falkner, Marcel Fink, Heinz Gärtner, Friedrich Lachmayer, Wolfgang C. Müller, Fritz Plasser, Helga Stöger, Karl Ucakar). Bundespressdienst. Wien.
- Tálos, Emmerich (2005): Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945–2005. Studienverlag. Innsbruck.
- Tálos, Emmerich (2008): Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor in der Zweiten Republik. Studienverlag. Innsbruck.
- Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.) (1995): Handbuch des politischen Systems Österreichs: Erste Republik 1918–1933. Manz Verlag. Wien.
- Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hg.) (2000): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. ÖBV & HPT Verlag. Wien.
- Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.) (1988): „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. 4. Auflage. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien.
- Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.) (2005): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938. 5., überarbeitete und ergänzte Auflage. LIT Verlag. Wien.